



Bearbeitet von: Herrn Wieseahn
Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/71 - 0103 - 01/01
(Einl-062-Si-Go)
E-Mail: lars.wieseahn@lt.niedersachsen.de*

15. Januar 2021

62. Sitzung
des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen,
Mittwoch, den 20. Januar 2021, 10.30 Uhr,
Hannover, Erweiterungsgebäude des Landtages,
Leinstraße 30
- Sitzungsraum 1105 -

Hinweise: - Die Ausschussmitglieder werden gebeten, die Größe des Sitzungsraum
im Hinblick auf die Abstandsmöglichkeiten auszunutzen.

- Die Vorsitzende lässt mitteilen, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, an der
Ausschusssitzung mittels Videokonferenztechnik teilzunehmen. (§ 97 a GO LT)

Tagesordnung:

**1. Verfassungsgerichtliches Verfahren:
Verfassungsbeschwerde**

der Zweites Deutsches Fernsehen Anstalt des öffentlichen Rechts,
vertreten durch den Intendanten

gegen das Unterlassen der Zustimmung des Landtags Sachsen-Anhalt zum Entwurf
eines Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag

und

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung
(Aktenzeichen 1 BvR 2756/20)

- hier: -

hier: Durchführung der Beratung

Hinweis:

Das Verfahren wurde dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen mit Schreiben der Landtagspräsidentin vom 22. Dezember 2020 mit der Bitte um Beratung und Berichterstattung an den Landtag überwiesen. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Frist bis zum 31. Januar 2021 gesetzt, innerhalb derer im Hauptsacheverfahren Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

**2. Verfassungsrechtliches Verfahren:
Organstreitverfahren**

1. des Herrn Christopher Emden, MdL, Hannah-Ahrendt-Platz 1, 30159 Hannover,
- Antragsteller zu 1 -
und

2. des Herrn Stephan Bothe, MdL, Hannah-Ahrendt-Platz 1, 30159 Hannover,
- Antragsteller zu 2 -
gegen

die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages, Frau Dr. Gabriele Andretta,
MdL, Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover,
- Antragsgegnerin -

wegen Feststellung der Verletzung verfassungsmäßiger Rechte aus Art. 12 Satz 2
NV, Art. 14 NV (Anordnung einer Maskenpflicht in den Gebäuden des Landtages)
- **StGH 6/20**

hier: Durchführung der Beratung

Hinweis:

Das Verfahren wurde dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen mit Schreiben der Landtagspräsidentin vom 22. Dezember 2020 mit der Bitte um Beratung und Berichterstattung an den Landtag überwiesen. Der Staatsgerichtshof hat eine Frist bis zum 20. Januar 2021 gesetzt, innerhalb derer im Hauptsacheverfahren Gelegenheit zur Äußerung gegeben wird.

3. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Landtages bei Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz des Bundes](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/6297](#)

- Erste Beratung: 75. Sitzung am 23.04.2020
- federführend: AfRuV; mitberatend: AfSGuG; mitberatend gem. § 28 Abs. 4 GO LT:
APandemie

- TOP 3 b) -

b) [Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Bekämpfung der Coronavirus-Epidemie](#)

[Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/6381](#)

- Erste Beratung: 76. Sitzung am 12.05.2020
- federführend: AfRuV; mitberatend gem. § 28 Abs. 4 GO LT: APandemie

hier: Fortsetzung der Beratung

Hinweis:

Der Sonderausschusses zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und - daraus schlussfolgernd - zur Vorbereitung auf künftige pandemiebedingte Gesundheits- und Wirtschaftskrisen hat seine Mitberatung abgeschlossen und in der 3. Sitzung am 14. Dezember 2020 entschieden, statt einer Stellungnahme die Niederschriften (öffentlichen Teile) der 2. sowie der 3. Sitzung des Ausschusses zu übermitteln. Diese wurden den Ausschussmitgliedern mit E-Mail vom 14. Januar 2021 übersandt.

Vorbehaltlich des Abschlusses der Mitberatung durch den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung am 15. Januar 2021

4. [Corona-App - Mit Begleitgesetz echte Freiwilligkeit und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/6815](#)

- Erste Beratung: 78. Sitzung am 30.06.2020
- federführend: AfRuV; mitberatend gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfWAVuD, UAVerbrSch

hier: Fortsetzung der Beratung

Hinweis:

Der federführende Ausschuss bat in seiner 53. Sitzung am 8. Juli 2020 den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung und den Unterausschuss „Verbraucherschutz“ jeweils um Stellungnahme im Hinblick auf die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bzw. Verbraucherinnen und Verbrauchern. Der Unterausschuss „Verbraucherschutz“ führte die Mitberatung in seiner 17. Sitzung am 14. Oktober 2020 durch und entschied, dem federführenden Ausschuss einen entsprechenden Auszug aus der Niederschrift zuzuleiten, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt. Der Auszug wurde den Ausschussmitgliedern am 15. Januar 2021 mit separater E-Mail übersandt. Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung wird seine Mitberatung voraussichtlich in der heutigen Sitzung abschließen. Die Stellungnahme wird den Mitgliedern des federführenden Ausschusses rechtzeitig vor der Sitzung übersandt werden.

5. [Die Haftentschädigung muss erhöht werden! - Spezielle Betreuungsangebote einführen!](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/151](#)

- (Erste Beratung: 7. Sitzung am 25.01.2018)
- federführend: AfRuV; mitberatend: UAJustV; mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung, Fortsetzung der Beratung,

Hinweis:

Der federführende Ausschuss bat die Landesregierung um erneute Unterrichtung, sofern ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vorliegt.

Eingeladen werden:

Mitglieder des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

- Abg. Herr Ansmann – als Vorsitzender des mitberatenden Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu TOP 3 a)
- Abg. Herr Seefried – als Vorsitzender des mitberatenden Sonderausschusses zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und - daraus schlussfolgernd - zur Vorbereitung auf künftige pandemiebedingte Gesundheits- und Wirtschaftskrisen zu TOP 3 a) und 3 b)
- Abg. Frau Tippelt – als Vorsitzende des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung zu TOP 4
- Abg. Frau Meyer zu Strohen – als Vorsitzende des mitberatenden Unterausschusses „Verbraucherschutz“ zu TOP 4
- Abg. Herr Zinke – als Vorsitzender des mitberatenden Unterausschusses „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ zu TOP 5
- Abg. Herr Wenzel – als Vorsitzender des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu TOP 5

- Kenntnis erhalten: -

Kenntnis erhalten:

Präsidentin des Landtages

Fraktionen

Staatskanzlei und sämtliche Ministerien

Präsidentin des Landesrechnungshofs

Im Auftrage

Wieseahn